

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6. — Mk., vierteljährlich 18. — Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 6. — Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 5990.

Nr 291

Mittwoch, den 14. Dezember 1921

12. Jahrgang

## Die Kappisten in der Zange.

Der gestern als Zeuge vernommene Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Dops war früher im preussischen Ministerium des Innern. Er betonte zunächst, daß er zu Herrn v. Jagow auf Grund seines siebenjährigen Zusammenarbeitens in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden habe. Er ist einer seiner verlappten Anschuldsklammer, denen bitteres Anrecht geschehen ist, denn schon am 11. März, als Kapp ihn in Gegenwart des Angeklagten Jagow befragte, wie die Stimmung in der Sicherheitspolizei sei, hatte er den Eindruck, daß Kapp mit dem Feuer spiele. Deswegen hat er nach seinen Angaben dringend geraten, die Hände davon zu lassen. Trotzdem hat Dops sofort mit Kapp und Jagow den Posten eines Unterstaatssekretärs im preussischen Ministerium des Innern angenommen und ausgeübt. So hat er dem Minister v. Jagow jenen Erlaß zur Unterzeichnung vorgelegt, der den Sicherheitspolizisten eine tägliche Zulage von 7 Mk. versprach. Aber auch das war selbstverständlich keine besondere Amtshandlung, sondern selbstverständliche Folge aus der Tatsache, daß die Reichswehr eine Zulage erhalten hatte. Nebenbei: Jagow hat sich nur auf die „laufenden Arbeiten“ seines Ressorts beschränkt. „Laufende Arbeiten“ fragte der Vorsitzende. „Die Entlassung vom Oberpräsidenten ist doch keine laufende Angelegenheit?“ „Das nicht“, sagte Dops, „aber diese Entlassungen sind sicher nur als direkte Anordnungen von Kapp erfolgt.“ Jagow — der hat überhaupt nichts getan.

General Maercker, der vielgenannte damalige Kommandeur in Dresden, hat bekanntlich von Dresden aus den Versuch unternommen, die Kappisten zum Rücktritt zu veranlassen. Er berichtet als Zeuge, daß er in Dresden einen Fernspruch erhielt, wonach die „Mächtigen“ Regierungsmitglieder zu verhaften seien oder doch daran verhindert werden sollten, der Kappistenregierung Schwierigkeiten zu machen. Er habe auf jeden Fall zu verhindern gesucht, daß Reichswehr auf Reichswehr schießen müsse. Deswegen habe er den Ministern in Dresden vorgeschlagen, daß er nach Berlin fahren und die Kappisten auf den verfassungsmäßigen Weg zurückführen werde. Wo sie jede Verhandlung mit den Hochverrätern abgelehnt und ebenso die übrigen Minister. Jedoch habe man ihm gestattet, eine persönliche Beeinflussung zu versuchen. Maercker soll dann in Berlin den Kappisten ernstlich zugeredet haben, sofort zurückzutreten, insbesondere Kapp und Lüttich, da sie von ganz irreführenden Voraussetzungen ausgingen, wenn sie glaubten, daß sie die Reichswehr und die Bevölkerung hinter sich hätten. Mit Lüttich hatte der Zeuge einen heftigen Zusammenstoß, weil Lüttich einen Maercker unterstellten Brigadeführer, den General von Groddeck in Magdeburg, abgesetzt hatte, da er zu schlapp gewesen sei. Gegen diese Verfügung erhob Maercker schärfsten Einspruch mit der Wirkung, daß Lüttich auch ihn für abgesetzt erklärte. Durch Vermittlung Hülfens hat Lüttich ihn später wieder eingesetzt. Ein telegraphischer Befehl von Lüttich an die ihm unterstellten Wehrkreiscommandeure sollte die bundesstaatlichen Regierungen auffordern, binnen zwei Stunden die Kapp-Regierung anzuerkennen oder sich als abgesetzt zu betrachten; diesen hat Maercker nicht weitergegeben. Zeuge bestätigt, daß Wangenheim bei den Beratungen in Berlin sich dahin ausgesprochen habe, wenn der Generalstreik nicht beigelegt werde, würden die Städte nicht mit Lebensmitteln beliefert werden, und falls die Arbeiter aus Land gingen, würden sich die Bauern zur Wehr setzen. Wangenheim hat diese Äußerung bisher bestritten, um seine Inaktivität zu bekunden.

Ministerialdirektor Metster sagte aus: Die Telegramme, in denen die Absetzung von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten verfügt wurde, seien mit Jagows Unterschrift hinausgegangen, der damit seine Zusage, nur laufende Geschäfte zu erledigen, nicht erfüllt habe.

Preussischer Ministerpräsident a. D. Pirsch betonte: Wegen den Morgen des 13. seien alle Minister, soweit sie noch in Berlin anwesend waren, im Austrage der neuen Regierung für verhaftet erklärt worden und blieben bis zum Nachmittage in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt. Die Geschäfte des preussischen Ministerpräsidenten habe er unbehindert weitergeführt, bis die Kapp-Regierung verschwunden war.

Reichsbankpräsident Havenstein sagte aus, er sei wiederholt aufgefordert worden, Geld für Kapp zur Verfügung zu stellen, was er abgelehnt habe. Zuerst verlangte Kapp mit der Unterschrift „Reichskanzler“ nur eine halbe Million Mark. Als er nichts bekam, kündigte er am nächsten Tage an, er werde mit Militärgewalt zehn Millionen Mark abheben lassen. Tatsächlich machten auch fünf Offiziere in Zivil den Versuch, durch Schenk der General-Militärkasse zehn Millionen Mark abzuheben. Sie erhielten aber nichts.

Pfarrer Dr. Traub bekundete, Kapp habe ihn am 12. März abends gefragt, ob er bereit wäre, in eine Regierung Kapp einzutreten. v. Jagow sei in den Beratungen mit Führerideen nicht hervorgetreten, vielmehr sei er als stiller Teilnehmer des Unternehmens erschienen. Zeuge habe das Vorgehen Kapps immer nur unter dem Gesichtspunkt der bolschewistischen Gefahr betrachtet. Schiele sei in der sogenannten Kabinetsberatung nicht mehr hervorgetreten als andere. Die klassische Behauptung des Zeugen: „Wir haben uns ja eigentlich alle nicht beteiligt“, löst im ganzen Saal ein verhaltenes Lachen aus.

Rederer, der Presschef Kapps, schildert als Zeuge sehr anschaulich den Regierungsantritt Kapps. Am Brandenburger Tor trat Kapitän Ehrhardt an Kapp heran mit den Worten: „Berlin ist von der Regierung verlassen. Uebernehmen Sie die Regierung, Herr Geheimrat. Nun fangen Sie aber an, zu regieren!“ Als man dann aber in die Reichskanzlei kam, schloß sich Kapp an den Kopf und rief: „Herrgott, wo ist denn bloß Schenkler. Ohne Schenkler kann ich nicht regieren.“

Direktor Mollenthin, der den Nationalverband deutscher Offiziere gegründet und früher geleitet hat, war mit Rederer am 13. März morgens am Brandenburger Tor Kapp habe zum Zeugen, der mit Ehrhardt in die Reichskanzlei gezogen war, gesagt, er solle jeden Beamten, der der neuen Regierung nicht gehorchen wolle, entlassen. Zeuge Weisener Postamt Zankwitz wurde am 13. März zu Kapp berufen, der alle Zeitungen verbieten und den gesamten Telegraphen- und Fernverkehr einstellen lassen wollte. Die Weiterverhandlung wird darauf am Mittwoch vormittag verlagert.

## Um die Rheinpfalz.

### Französisch-kommunistische Inspirationen.

Am gestern wieder zusammengetretenen deutschen Reichstag kam es unlänglich einer Interpellation zu einer Ansprache über die französische Propaganda in der Rheinpfalz. Kommunistische Demonstrationen fanden durch den französischen Kreisdelegierten eine wohlwollende Förderung. Reichsminister Ritter erklärte, daß der Regierung bekannt sei, daß Elemente am Werke seien, den Zusammenhang der Pfalz mit Bayern zu lockern. Bei der Rheinlandkommission sei Protest erhoben. Frankreich habe die Macht der Batonette und Sanktionen, Deutschland habe nur sein Recht und die Treue seiner Bürger. Nur eine deutsch-französische Verständigung sei die Vorbedingung einer Gesundung Europas.

Genosse Hoffmann-Kaiserslauten schilderte eingehend die Verhältnisse in Speyer. Die Verbindung der Kommunisten mit den Franzosen sei notorisch, aber ebenso klar sei es, daß die Kommunisten in der Pfalz sich deshalb um jede Anhängererschaft gebracht hätten. Die bayerische Regierung trifft ein großer Teil der Schuld, weil sie die Arbeiter durch ihre reaktionäre Politik abstoße und provozieren. Der Kampf dürfe nur national, nicht nationalistisch geführt werden.

## Russische Drohungen gegen Finnland.

Der Oberkommandierende der Roten Armee Camenew erklärte im Petersburger Sowjet anlässlich der Ereignisse in Karelien, daß die Eisenbahnlinie nach Murmansk jetzt vollkommen gesichert sei. Die Rote Armee werde „dieses Spiel Finnlands mit dem Feuer“ nicht dulden. Der finnländischen Regierung müsse bereitwillig gemacht werden, daß sie entweder den Friedensvertrag erfüllen oder sich mit der Roten Armee auseinandersetzen müsse. — Nach Meldungen der finnländischen Presse ist in den Kämpfen in Karelien eine Wendung zugunsten der roten Truppen eingetreten, die überall zum Anmarsch übergegangen sind.

Eingegangene unabhängige Zeitung. Der „Volkswille“ (U.S.P.) in Bielefeld hat sein Erscheinen eingestellt.

## Politische Tagesforderungen der deutschen Sozialdemokratie.

Vor den Delegierten eines außerordentlichen Bezirkskongresses des Bezirksverbandes Groß-Berlin sprach am Sonntag vormittag der Parteivoritzende der SPD, Otto Weis über die politische Lage. Der Redner schätzte den Kern seiner Ausführungen und die Forderungen der sozialdemokratischen Partei zu den schwachen politischen Fragen in folgender Resolution zusammen, die ohne Diskussion einstimmig und unter großem Beifall angenommen wurde:

„Der verhängnisvolle Sturz der Mark hat die binnenwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Stellung Deutschlands gegenüber den Vorkriegsjahren erheblich verschlechtert. Die gewaltige Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel hat die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes noch weiter herabgesetzt. Wuchernde Ausbeutung der Konjunkturmühsamkeit durch alle Warenbesitzer trifft zusammen mit einer unerhörten Verschleuderung des Volkvermögens auf dem Wege eines wahllosen Ausverkaufs an die voluta-starken Länder. Die dadurch hervorgerufene Scheinkonjunktur in der Exportindustrie ist aber nur vorübergehend. Die Politik des Auslandes sucht im steigenden Maße durch Einfuhrverbote und immer wachsende Zölle die deutschen Waren abzuwehren und wird in kurzer Zeit im Gefolge einer schweren Abwärtstriebe eine gewaltige Arbeitslosigkeit in Deutschland heraufbeschwören.“

Auch wenn die Verhandlungen über ein Moratorium für die Reparationszahlungen schließlich zum Ziele führen sollten, so kann den verhängnisvollen Schwankungen der Valuta nur Einhalt geboten werden, falls es gelingt, die deutsche Zahlungsbilanz dauernd ins Gleichgewicht zu bringen. Unerlässliche Voraussetzung dafür ist die Stilllegung der Notenpresse und die Deckung der Staatsbedürfnisse durch ordentliche Einkünfte. Nur die sofortige Erfassung der Sachwerte in Verbindung mit einer beschleunigten Einziehung der Reichseinkommensteuer kann die Zerrüttung der Reichsfinanzen beheben. Mit aller Macht muß den Versuchen entgegengetreten werden, die zurzeit im Reichstage zur Verhandlung stehenden Reichsvermögenssteuergesetze zugunsten kapitalistischer Privatinteressen ihrer gerechten Berechnungsgrundlage zu berauben. Die lange versprochenen Maßnahmen zur restlosen Erfassung der Exportdevisen müssen endlich durchgeführt werden. Nur dann besteht die Aussicht auf erfolgreiche Bekämpfung der schamlosen Devisenspekulation, die nach den jüngsten Erfahrungen bei der Pfälzischen Bank auch den kleinen Sparer unentrinnbar mit ihrem verhängnisvollen Risiko belastet.

Daher ist zu fordern:

1. Die sofortige Erfassung der Sachwerte auf dem von den hervorragendsten Fachmännern der Industrie selbst gewiesenen Wege. Der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat von den Interessenten vorgelegte Gesetzentwurf über eine Kreditverfügung des deutschen Volkes ist von der Regierung sofort den gezielten Körperchaften zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Festlegung der notwendigen Garantien für den unmittelbaren Zugriff des Reiches auf den Sachwertbesitz in Rechtskraft zu setzen. Der landwirtschaftliche Sachbesitz ist unmittelbar zu erfassen durch eine hypothekarische zu sichernde Grundsteuer, deren sofortige Vorauszahlung für mehrere Jahre festzulegen ist.
2. Sofortige Erhebung der Reichseinkommensteuer auf Grund vorläufiger Veranlagung bei denjenigen Finanzämtern, die am Jahreschluß mit der endgültigen Veranlagung noch im Rückstande sind.
3. Wiederherstellung des gemeinen Wertes als Veranlagungsgrundlage in den Vermögenssteuergegentwürfen.
4. Sofortige Erhöhung der Ausfuhrabgabe bis zur vollen Erfassung der Wertschöpfung. Um die Exportindustrie unmittelbar an der Besserung der Mark zu interessieren, ist für die Berechnung eine nach dem Stande der Valuta gleitende Skala mit progressiven Sätzen bei Verschlechterung der Mark einzuführen.
5. Feststellung der im In- und Ausland liegenden Devisenvorräte durch eidliche Vernehmung aller Personen des Wirtschaftslebens, bei denen größere Vorräte vermutet werden.
6. Einführung einer Börsengewinnsteuer, die einen Teil der Kursgewinne unmittelbar der öffentlichen Hand zuführt.“

Von den Ausführungen von Wels ist hervorzuheben die Erklärung, daß die Sozialdemokratie nie daran gedacht habe, auf die Erlassung der Sachverhalte, wie sie durch den Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt seit langem vertreten wird, zu verzichten, am allerwenigsten bei den Verhandlungen über eine Erweiterung der Koalition. Bei diesen Verhandlungen sei zum ersten Male von Stresemann der Plan der Ueberführung der Reichsbahn in privaten Besitz vorgebracht worden. Gegenüber dieser Forderung hätte die Sozialdemokratie sofort mit Abbruch der Verhandlungen gedroht.

Innerpolitisch forderte Wels zum Kampfe gegen den Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform auf, um die drohende Gefahr einer Weltrepublik abzuwenden. Eine andere Gefahr drohe nach wie vor von monarchistischer Seite. Es lägen bestimmte Nachrichten vor, die in der Öffentlichkeit noch nicht näher erörtert werden könnten, über monarchistische Machenschaften um die Person des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Einflußreiche französische Kreise, die auch an Karls Streichen hervorragend beteiligt waren, seien nach wie vor bestrebt, die Fortsetzung des Reiches zu einer Totaldiktatur mit Einschluß Bayerns zu betreiben.

## Deutschnationale Praxis.

Während der deutschnationale Danziger Senat befaßte sich mit der Vorlage auf Bewilligung Lebensfähigkeit der Senatorenpensionen für alle hauptamtlichen Senatoren, sobald sie nach dreijähriger Dienstzeit auscheiden, eingebracht hat, spielt in der deutschnationalen Aktion das Märchen von den Ministerpensionen im parlamentarischen Deutschland noch immer eine große Rolle. Wie es jedoch in Wahrheit mit den Ministerpensionen im parlamentarischen Deutschland aussieht und wie wenig dieses Kapitel zu einer Bege gegen die parlamentarische Regierungsform geeignet ist, zeigt eine Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes“, die interessante Feststellungen enthält.

Vor allem sei festgestellt, kein einziger der früheren republikanischen Minister oder Staatsräte, mit Ausnahme Nebenbachs, heute eine Pension bezieht. Dies gilt sowohl von den Gewerkschaftssekretären wie von den Rechtsanwälten, die Kabinettsmitglieder waren. Weder der ehemalige Reichsjustizminister Bunn, noch der preussische Minister des Innern Seine beziehen eine Pension. Die früheren Reichsminister Scheidemann, Bauer und Hermann Müller haben seit dem Tage ihres Ausscheidens nicht nur keine Pensionen oder Uebergangsgelder erhalten, verschiedene von ihnen und den anderen Ministern hatten sogar noch zu viel erhaltene Beträge zurückverlangt. Mit dem Tage, mit dem ein Minister heute aus seinem Amte scheidet, erhält er keinerlei finanzielle Entschädigungen vom Staate mehr. Damit entfällt also auch die Behauptung der Rechtspresse, daß die Geschäftigkeit des Ministerwechsels eine härtere Belastung der Steuerzahler bedeute. . . . Vergleicht man weiter die Wirtschaft des alten und des neuen Regimes hinsichtlich der Höhe der gezahlten Ministergehälter, so genügen einige Beispiele, um die Ersparnisse, die jetzt gegenüber den ehemaligen Verhältnissen gemacht werden, zu beweisen. Während die Zivilliste des Kaisers 19 Millionen Goldmark jährlich betrug, empfängt Reichspräsident Ebert nach der neuen und erhöhten Besoldungsvorlage 200.000 Mark Gehalt und 400.000 Mark, d. h. Papiermark, Aufwandsentschädigung. Seine bisherigen Bezüge bleiben unter diesen Verträgen noch zurück. Die Reichs- und preussische Regierung einschließlich des Reichspräsidenten erhalten zusammen etwa ein Drittel des Gehalts, was der frühere Kaiser allein bezog. Die Mitglieder der beiden Kabinete (etwa 20 Personen) und der Reichspräsident haben nämlich zusammen ungefahr 5 Millionen Mark Gehalt. Dabei muß hervorgehoben werden, daß der Minister jetzt wie jeder Bürger von seinem Einkommen Steuer bezahlt. Er zahlt z. B. der preussische Ministerpräsident von seinen 200.000 Mark jährlichen Gehalt 20.000 Mark Steuern. Früher hingegen waren die Minister befreit von der Steuerzahlung erheblich begünstigt.

Gegenüber der im Reichstage demnächst zur Beratung kommenden Pensionsvorlage des bürgerlichen Blockens auf lebenslänglicher Versorgung seiner hauptamtlichen Mitglieder ist die Weisheit der deutschen parlamentarischen Minister geradezu unerschütterlich. Dafür haben wir im Reiche die den Deutschnationalen so verhasste parlamentarische Regierung und im Freistaat eine bürgerliche Sachregierung. Das Welt muß eben beschwindelt werden, damit es die deutschnationalen Außertrippenpolitik um so leichter werden konnten.

## Das Gegenteil.

Die Zentrumskräfte und die Reaktion der konservativen Volkspartei im Reichstage haben als Indizienantrag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, demnach die Grenze, bis zu der die Steuer von 10 v. H. der hundertfachen Einkommens beträgt, mit Rücksicht auf die dort verminderte Kaufkraft des Geldes von 20.000 auf 40.000 Mark erhöht werden soll. Auch für die darauf folgenden Einkommensbeträge steht der Entwurf eine beträchtliche Herabsetzung vor. Die Er-

wählungen für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 100.000 Mark gewährt werden. Die Kinderermäßigung dagegen soll bis zum Einkommen von 100.000 Mark bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen.

Im Freistaat tritt die Zentrumskräfte dagegen für eine schärfere Belastung der kleinen und für die Schonung der großen Steuerzahler (Abrechnung der Vermögenssteuer) ein.

## Der deutsche Reichstag

beschäftigte sich gestern mit einer Reihe interessanter Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Adam (D. Sp.) über die Gründe, die zur Beantragung der dreimal zum Tode verurteilten Gebrüder Reischer geführt haben, wies ein Regierungsvorsteher darauf hin, daß die Beantragung durch die unabhängige preussische Staatsregierung erfolgt ist. Eine Anfrage der Abg. Schirmer und Leicht (Waver. Sp.) verlangt Auskunft, ob die in der Presse verbreitete Nachricht, wonach von den Mitteln der Verbandskasse 25 v. H. nur 20 Millionen der staatlichen Fürsorge zugewandt seien und die restlichen 100 Millionen für die sozialdemokratische Wahlpropaganda zur Nationalversammlung verwendet worden seien. Regierungsvorsteher wird diese Meldung für völlig unrichtig erklärt. Auf Anfrage der Frau Dr. Lüders (D) wegen der Ausschreitungen der farbigen und weißen französischen Soldaten im besetzten Gebiet und wegen der unträgliehen Höhe der Quartierkosten erwidert ein Regierungsvorsteher, daß die Vorstellungen der Ueberreste der Besatzungsgruppen bisher erfolglos gewesen seien. Auf Anfrage der Abg. Pflüpp und Genossen (D. M.) wegen der Absicht, die sämtlichen Provinzialämter des Reiches an einen Konzern zu verpacken, wird Regierungsvorsteher erwidert, daß bei der Verwertung der Vermögensgüter im einzelnen ein Fest unumverwendbar bleiben würde. Verhandlungen mit einem Konsortium scheiterten wegen einheitlicher Verwertung sämtlicher Güter. Auf eine Anfrage des Abg. Solmann (S.) betreffend die Verurteilung einer Anzahl ehemaliger Offiziere des Infanterieregimentes 56 durch das Kriegsgericht der Besatzungsbehörde in Maaßen wegen angeblicher Teilnahme an militärischen Dingen zu jezt durch das Verurteilungsgericht wesentlich erhöhten Strafen erwidert ein Regierungsvorsteher, es handele sich nach deutschem Empfinden bei dem Urteil um einen unglücklichen Verstoß. Der Entwurf über Änderung der Verordnung über Wohnbedingungen, der die Pflanzgrenze der Wohnempfangner auf 5000 Mark festsetzt, wurde in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzesentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat wurde an den sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

## Neue Ausschreitungen farbiger Besatzungssoldaten.

Nachdem angetrunkene Marokkaner belästigten am Sonntagabend gegen 7 Uhr im Bahnhofsrestaurant 9. Klasse in Zobernheim Frauen und Mädchen in andringlicher Weise und bedrohten diese schließlich mit ihren Seitengewehren. Als die Leute flüchten wollten, schloß sich einer derselben vor die Türe und hielt allen sich Nahnenden die Waffe vor. In heftiger Wut wurde die Menge nach dem Fenster, schlug die Schützen ein und sprang hinaus, wobei es beinahe ohne Verletzungen abging. Man riß die Soldaten die zurückgelassenen Gewächse der Reisenden auf und warfen den Inhalt auf den Boden des Waggons. Gestern, vor dem Erscheinen des Auges konnten die Eigentümer ihre Kabinettentwässerungen wieder zusammenrufen.

## Die nationale Entrechtung in der Tschechoslowakei.

Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik hielt der Parteivorstandende Genosse Dr. Ludwig Czoch einen Vortrag über die politische Lage. Er übte an den Zuständen der Republik, die sich mit Unrecht eine demokratische nennen, scharfe Kritik. Wenn Demokratie bestünde, dann hättenfalls für die Angehörigen der tschechischen Nation, nicht für die anderen. Die Tschechoslowakei sei im Widerspruch zu den Tatsachen als ein nationaler Staat konstituiert, während sie doch in Wirklichkeit ein Nationalitätenstaat sei, genau wie das alte Österreich. Alle reaktionären Verordnungen über Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Ausschaltung des Parlaments seien vom alten Österreich übernommen. Die Anerkennung einzig und allein der tschechischen Sprache als offizielle Verhandlungssprache des Parlaments habe diesen Zweck. Der Vorschlag der tschechischen Nationalen führe die reinste Sprechensherrschaft und unterdrücke alle Vorträge und Interpellationen der Opposition. Der Redner spricht sein schmerzliches Bedauern darüber aus, daß sich die tschechischen Genossen an dieser Regierungskoalition beteiligten und dadurch die Grundzüge der Internationalität schwer verletzten. Seine Kritik an dem Verhalten dieser tschechischen „Regierungssozialisten“ ist von äußerster scharfer Zehne, wenn auch frei von jeder persönlichen Gehässigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, so erklärte der Redner, lehne die nationale Einheitsfront mit den deutschbunzländischen Parteien unbedingt ab, da über alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen zwischen ihr und den bürgerlichen Parteien die schärfsten Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Er hofft, daß die wachsende Einsicht der tschechischen Genossen und die Selbstbestimmung der russischen Kommunisten übergegangen Arbeit vollständig zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront führen werde.

Die Rede, die den Parteitag zwei Stunden lang in der härtesten Spannung hielt, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Abstimmungs-Wirkung in Oedenburg.

Den Vorstellungen der österreichischen Regierung Rechnung tragend, ermächtigte die Völkerverversammlung die interalliierte Generalkommission, die Oedenburger Volksabstimmung auf den 18. Dezember zu verschieben. Der Präsident der interalliierten Generalkommission in Oedenburg verlautbarte jedoch Dienstagabend, daß die Generalkommission entschieden habe, daß mit der Abstimmung in Oedenburg morgen, den 14., um 8 Uhr vormittags unter allen Umständen angefangen wird. Die österreichische Bundesregierung hat darauf im Einvernehmen mit allen politischen Parteien der Nationalversammlung beschloßen, an der Volksabstimmung nicht teilzunehmen, die Abstimmungskommissare abzurufen und das Ergebnis der Abstimmung nicht anzuerkennen, falls die Generalkommission an diesem Standpunkt festhalten sollte. Die Regierung will die ihr zur Verfügung stehenden Materialien dem Nationalrat vorlegen.

## Die Kommunisten spalten überall!

Aus der Tschechoslowakei schreibt man uns: Daß die Kommunisten auch in der Tschechoslowakei die politische Organisation gestalten, wird in Deutschland bekannt sein. Daß sie sich aber hierzulande noch viel lebhafter als in Deutschland um die Sprengung der Gewerkschaften bemühen, das zu wissen ist der deutschen Arbeiterklasse gewiß nicht. Beim Textilarbeiter-Verband hat es angefangen. Schon vor Monaten mußten Lokalbeamte entlassen werden, weil sie die Beschlüsse des Verbandstages offensichtlich sabotierten. Das ist für die Kommunisten der Anlaß gewesen, in einer ganzen Reihe von Ortsgruppen eigene Ortsgruppen zu bilden, die auch schon zu einem neuen Verbande zusammengeschlossen sind, der den etwas komplizierten und widerspruchsvollen Namen führt „Verband der aus der Union ausgeschlossener Mitglieder“. In Betriebsversammlungen werden nun Resolutionen durchgedrückt, die ultimativ die Wiederannahme der ausgeschlossenen verlangen. Wenn dies von der Union abgelehnt wird, dann sollen von den Ortsgruppenverwaltungen „alle seit dem 1. Dezember eingekommen und noch nicht verrechneten Mitgliedsbeiträge an den neuen Verband abgeführt werden.“

Genau so wie bei den gegen die Verbandsbeschlüsse arbeitenden Unterbeamten ist natürlich auch dies bestellte Arbeit. Die Kommunisten arbeiten zielbewußt auf die Sprengung der gesamten Gewerkschaftsbewegung hin. Während sie bei der Textil-Organisation schon mitten im Werke sind, zeigen sich bei den Glasarbeitern bereits neue Anfänge der Spaltungsarbeit.

Finanzdiktat der Entente. In der gestrigen Reichstagsabstimmung erklärte Reichspostminister Wiesberts: Das Reichspostministerium sei vom Reichsfinanzministerium aufgefordert worden, sein Defizit schon für 1922 zu beseitigen, da die Entente ein Entgegenkommen davon abhängig mache, daß die Reichsfinanzen durch Steuern und die Reichsverkehrsberriebe durch Einnahmeerhöhung und Ausgabenverminderung saniert werden. Darum bitte er den Reichsrat, die Postgebühren nunmehr im Verhältnis von 1:20 festzusetzen.

Deutsches Recht in Oberschlesien. In der deutsch-polnischen Rechtskommission, die in Bentzen tagt, wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die deutschen Gesetze zunächst in Kraft bleiben sollen. Die polnischen und die deutschen Mitglieder hielten getrennte interne Beratungen ab.

Polens Vertretung in Memel. Die Ernennung des ehemaligen polnischen Gesandten in Wien Szarota zum Leiter der „Delegatur der polnischen Regierung bei der interalliierten Kommission im Memelgebiet“ ist nunmehr erfolgt. Dieser weitreichende Aufbau der polnischen Vertretung im Memellande verdient als bedeutsam vermerkt zu werden.

Die Lösung der russischen Frage. Ein Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Lloyd George bereite sich ernstlich darauf vor, die russische Frage in Angriff zu nehmen, sobald die Frage der deutschen Reparationen in ihrem wesentlichen Teil geregelt sei. Die Sowjetregierung erwarte ungeduldig das Ergebnis der Unterredung, die Krassin von Lloyd George angelegt sei. Moskau befaßt sich mit der Frage, welche Haltung eingehalten werden muß, wenn Krassin erklärt werden sollte, daß alles von der bedingungslosen Anerkennung sämtlicher Schulden und Privatforderungen abhängt.

Das Zeitungsweesen in Sowjetrußland. Das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei weist in einem Rundschreiben auf die dringende Notwendigkeit einer Hebung der amtlichen Presse hin. Sie sei bisher von den Parteiorganisationen vernachlässigt worden und eine Reihe von Provinzzettungen sei unter aller Kritik. U. a. sollen alle journalistisch geschulten Mitglieder der Partei registriert und nötigenfalls zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Moskauer „Iswestija“ bemerken hierzu, man müsse vor allem die materielle und moralische Lage der darübenden Presseente heben. Die Moskauer „Iswestija“, die bisher von Amts wegen unentgeltlich verteilt wurden, haben mit dem Einzelverkauf und dem Abonnement des Blattes sowie mit der Aufnahme von Privatinkassaten begonnen. Die Einzelnummer kostet 2000 Rubel, das Monatsabonnement 45.000 Rubel, für Gewerkschafts- und Parteiorgane und einzelne Arbeiter 25.000 Rubel. Die übrigen Blätter sollen folgen, um den Staat von den Ausgaben für die Presse möglichst zu entlasten. Gleichzeitig hat das Wieder-aufleben der Privatpresse, zunächst der unpolitischen, angefangen. In Moskau erscheint eine private Zeitschrift für Theater, Sport und Film („Sfraz“) und ein privates Anzeigenblatt. In Petersburg beginnt demnächst das „Haus der Schriftsteller“ mit der Herausgabe einer Zeitschrift literarischen Inhalts; ferner ist dort einigen nichtkommunistischen Professoren und früheren Kauf- und Industrielleuten die Herausgabe einer wirtschaftlichen Vierteljahresschrift („Der Ökonomist“) gestattet worden.

Danziger Nachrichten.

Wunderblumen.

Wenn der Frost die Menschen auf der StraÙe zu schnellerem Voranschreiten anspornt, wenn auf Klüften und Seen das Wasser erstarrt und der Schnee die Klüften bedeckt, dann ist die Zeit da, wo über Nacht jene wunderbaren Blumen emporklehen...

Stelle dir einmal vor, du stichst an deinem Tisch. Du beginnst eine unsichtbare Hand auf die weiÙe Tischecke deines Tisches Blumenanzücker zu malen...

Vorsicht! und zaubert beginnt die unsichtbare Hand am Rande der Tische ein paar Strichlein hinaufzusetzen, so klein und zart wie ein Hauch...

AuÙe zertraten, im Vogel, der die Luft durchdringt und im Staub und im Sonnenschein, in dir und in deinem Nachsten.

Teuerungsaufbesserungen im Brauerei- und Mühlengewerbe.

Vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben:

Durch Verhandlung mit dem Allgemeinen Arbeitgeberverband für die Freie Stadt Danzig und dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter...

Die Lohnverhältnisse der Arbeiterklasse der Lebensmittel von J. S. Keller, Inhaber Herr Senator Dr. Eibert...

Weihnachtsunterführung im Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband zahlt an seine unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, wie auch an die angesteuerten arbeitslosen Mitlieder eine einmütige Weihnachtsunterführung nach folgenden Grundätzen:

Mitglieder, welche 60 bis 180 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten in Beitragsklasse I 60 Mark...

Mitglieder, die mehr als 180 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten in Beitragsklasse I 80 Mark...

Anspruch auf diese Unterstützung haben nur diejenigen arbeitslosen Verbandsmitglieder, die am 20. Dezember 1921 mindestens 18 Werkstage nachweisbar arbeitslos sind...

Die Auszahlung der Weihnachtsunterführung erfolgt im Verbandsbureau Bevelungsplatz 1-2, II, Zimmer 78-80 in der Zeit vom 20. bis 23. Dezember 1921...

Kollisionsrisiken bei der Zureife aus Deutschland. Deutschland hat die Ausfuhr von Gütern aus dem südlichen Beldaris durch Reisende, Bootleute, Schiffer und Schiffsmannschaften...

Neue Zureifebezeichnung. Nachstehende Grundstücke haben neue Zureifebezeichnung erhalten: Das Grundstück Falke Platz 173...

Der Verband der Mietervereine im Gebiet der Freien Stadt Danzig beruft zu Mittwoch, den 14. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr...

Beranstaltungen.

Weihnachtsfeier des Sozialdemokratischen Vereins Danziger-Stadt.

Karten zu der am Donnerstag, den 22. Dezember, nachmittags 8 Uhr im Westpreußenhaus stattfindenden Weihnachtsfeier...

Wie hoch mag wohl der Himmel sein?

Diese Frage des Kinderliebden illustriert wohl am besten das Gefühl, welches wohl alle Menschen packt, wenn sie abends den Sternenhimmel betrachten...

Advertisement for BORG Balticum J.B.M.M. J.B.Gold Mondain. Includes an illustration of a person and text: HELA NO 18 STAMBUL Gold u. Kork QUALITÄT RAUCHER

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge. (7.) (Fortsetzung.)

Herr Schlemann schnitt sich ein neues Stück Brot ab und sagte dabei vollkommen gleichgültig: Ich kann dich nicht brauchen, siehe zu, wer dich nimmt...

Hier hielt er inne, denn Thorkels Augen funkelten ihn an, als wäre Feuer darin. Wirst du mir sagen, wozu du das viele Geld gebraucht hast?

Manmann hat ein Magazin voll Waren der aller-verschiedensten Art, Kleider und Geräte, vom Hemdenknopf bis zum Pelzrock...





# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten F. I. Erhöhte Preise.  
Zweites Gastspiel Paula Somary, Berlin:

## Nora

Schauspiel in drei Akten von Henrik Ibsen.  
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Meyer.  
Inszenierung: Emil Werner.

Nora . . . Paula Somary als Gast.  
Personen wie bekannt. Ende gegen 9<sup>1/4</sup> Uhr.  
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A II.  
„Nanon, die Witkin vom goldenen Lamm“.  
Operette.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B II. Gastspiel.  
prelle. Wertes und letztes Gastspiel der Kammer-  
sängerin Marcella Noefeler. „Mignon“. Oper.  
Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten C II.  
Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Dr. Ludwig  
Wöllner. „Wallensteins Tod“. Trauerspiel.  
(Wallstein: Dr. Ludwig Wöllner als Gast.)

Sonntag, vorm. 11 Uhr: 11. (literarische) Morgen-  
feier. Dr. Ludwig Wöllner „Goethe-Rainer“.  
Dr. Risse-Declar Wilde“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine  
Gültigkeit. „Die Ballerina des Königs“.

# Wilhelm-Theater

verwaltet mit dem Stadttheater Zappot, Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, d. 14. Dez., 7<sup>1/4</sup> Uhr:  
Kassenöffnung 6 Uhr.

## Der Graf von Luxemburg

Operette in 3 Akten von Franz Léhar.

Freitag, den 16. Dezember, 7<sup>1/4</sup> Uhr:  
„Pension Schölller“.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freyemann, Kohlenmarkt,  
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
an der Theaterkasse. (569)

## „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

# Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Freitag, den 16. Dezember 1921,  
7<sup>1/2</sup> Uhr

## Konzert Fela Rybier Juan Costa

Begleitung Musikdirektor Fritz Binder  
Konzertflügel Blüthner aus dem  
Magazin Richter & Co., Jopengasse.

Erstes diesjähriges Konzert  
nach ihrer Tournee durch England.  
Programm: Werke von Bach, Rachmaninow  
Rózycki, Liszt, Verdi. (5715)

Karten 30.— bis 5.— einschließlich Steuer.  
Vorverkauf: Deumahaus, Langgasse.

# Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (5750)

Spielplan v. 14. bis 16. Dezemb. 1921

Nur 3 Tage!

Der 1. Teil des vierteiligen Episoden-Films

## „Der Silberkönig“

1. Teil: „Der 13. März“

Großer Abenteuerfilm in 6 Akten.

In der Hauptrolle: Bruno Kastner, der  
Liebling der Damenwelt.

## Die Schreckensnacht im Hause Glark

Detectivfilm in 5 Akten

# Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

# Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue  
Gebisse, Reparaturen in einem  
Tage. Spezialität: Gebisse ohne  
Platte. Gold-Kronen usw. unter  
voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses  
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-  
rechnung.

Spezial für Zahnleidende

Telef. 2621 Biesterstadt 71 Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

# Billiges Angebot!

Mäntel aus Stoffen engl. Art, mit hübscher  
Gürtel- und Knopfgarnitur . . . 490.-

Mäntel aus einfarbig. u. gemusterten, warmen,  
kamelhaarart. Stoffen, fesche Formen 590.-

Mäntel mittel- u. dunkelfarbig, besonders gute  
Flauschstoffe, reiche Steppergarnitur 690.-

# Walter & Fleck

5751

# AMPRETZELL



DANZIG

AMAR  
DIX  
DZG

# LIKOR-FABRIK

SPEZIALITÄT:

## „DANZIGER POMUCHEL“

PROBIER-STUBE

Hellige Geistgasse Nr. 110.

(5712)

# Alle Preise steigen!

nur nicht bei uns!

Wir können noch zu den alten Preisen verkaufen:

## Bilderbücher von 50 s an

Malbücher, Spielbücher, unzerreißbare Bilderbücher  
in großer Auswahl.

Romane und Erzählungen,  
Gewerkschafts- und Parteiliteratur  
empfiehlt

## Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

# Hausfrauen spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über Ihr?  
schlechtbrennendes Licht  
Vorbei mit hohem Gasrechnungen!  
den enorm

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher  
in keinem Haushalt fehlen darf.  
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos  
billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend  
leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder  
Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent  
Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern  
er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Helligkeit  
des Gaslichtes um ca. 300 Prozent.  
Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-  
erkennungen aus allen Kreisen vor.

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.—

E.A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!

# Volkspfirsorge,

Bewerkschaftlich-Genossen-  
schaftliche Versicherungs-  
Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —  
kein Policenverkauf.

Günstige Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Auskunft in den Bureaus  
der Arbeiterorganisationen  
und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenbuden 35

Wollgarnitur (Kasch)  
Suppe und Sportwaren  
zu verkaufen. Gronwald,  
Sakelwerk 117, 4 Tr. (†)

Einige größere (†)  
Puppenkelle  
sind noch billig abzugeben.  
E. Winkler, Johannisq. 63.

# Metalle

und (5752)  
Eisen

kauft  
Ultrametall.

Einkaufs-Kontor  
Am Jakobstor Nr. 8  
am Hauptbhf. Tel. 5149

Höchste Preise!  
Suche ein gut erhaltenes  
Fahrrad (†)

gegen Lebensmittel zu  
tauschen. Meld. m. Preis z.  
richt. a. Stramka, Obermeln,  
Reutehofsberg b. Neustadt.

# Vorwärts-Bücherei

Mutter . . . . .	3.—
Verschobenes Volk . . . . .	4.50
Der Ausweg . . . . .	3.—
Der Morgen graut . . . . .	3.—
Erzgebirgisches Volk . . . . .	3.—
Das Land der Zukunft . . . . .	4.50
Die Marktenderin . . . . .	3.—
Der Pariser Garten . . . . .	4.50
Prinzipienreiter . . . . .	4.50
In den Tod getrieben . . . . .	4.50
Heiterkeit . . . . .	6.—
Kriegsfahrten . . . . .	3.—
Nüchel . . . . .	3.—
Vom Waisenhaus zur Fabrik . . . . .	3.—
Herzen im Kriege . . . . .	3.—
Der Gotteslästerer . . . . .	10.—
Verbrechergeschichten . . . . .	5.—
Erweckt . . . . .	10.—

Zu haben in der

## Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

# Elegante Maßanfertigung

unter erprobter fach-  
männischer Leitung.

Großes Stofflager.

Verkauf auch meterweise.

## Schallmach

Breitgasse 10, Ecke Kohlengasse  
früher Goldene 10. (5416)

## Metall-Baukasten

(Strukturator Nr. 1 und 2)  
als Weihnachtsgeschenk für  
einen Knaben von 10 bis  
14 Jahren passend, hat  
preisw. abzug. Fookon,  
Schiffelbamm 53 55, 5th,  
3 Treppen. (†)

Zu verkaufen

Damentuschuhe Nr. 40,  
Ri. derchaukel, Leuchtlarm-  
banduhr, Radhülle, Auto n.  
Uhrwerk u. a. d. Spielsch.,  
des neu. Schulz, Langf.,  
Neuschottland 100. (†)

# Stroh- Panama- Velour- Filz- Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten  
Formen bei sorgfältigster Ausführung in  
kürzester Zeit

umgepreßt,  
gewaschen und gefärbt.

## Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle  
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.  
(gegenüber der Markthalle). (4388)

# Weichblei

kauft

## Buchdruckerei „Danziger Volkstimme“

Am Spendhaus 8.